



Neue Doku über Robbie
Robbie Williams gewährt intime Einblicke in sein Leben. **Seite 44**

Die Alpenidylle bröckelt
Die ORF-Serie „Schnee“ mit Brigitte Hobmeier startet. **Seite 15**



Defizit steigt auf über 150 Mio. Euro

Tirol wird 2024 nicht nur 1,1 Mrd. € Schulden haben. Das Land musste für die nächsten Jahren zusätzlich 700 Mio. Euro für Pensionen vorsorgen.

Innsbruck – An den finalen Zahlen für den Landeshaushalt 2024 wird zwar noch gefeilt, doch am Ergebnis ändert sich nichts. Mehr als 150 Millionen Euro müssen fremdfinanziert und als Budgetdefizit ausgewiesen werden. Finanzreferent und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) versuchte zuletzt den Abgang, der sich aus den Auswirkungen der Krisen wie Corona oder Ukraine-Krieg mit der folgenden Teuerung ergibt, zumindest auf unter 200 Millionen Euro zu drücken.

Schließlich sollte die im Frühjahr festgelegte Schuldenobergrenze von 25 Prozent der Einnahmen nicht überschritten werden. Rund 1,1 Milliarden dürften die Schulden des Landes Ende 2024 betragen. Die Spielräume werden immer enger, zumal die Pflichtausgaben

steigen. So musste das Land in Vorausschau auf die kommenden Jahre für die rund 18.200 Landesbediensteten die Pensionsrückstellungen um 700 Mio. Euro erhöhen. Das ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Vor allem auf die gestiegene Inflation, die Steigerungen der Bezüge und Pensionen sowie die Aufnahme neuer Bediensteter, wie es in einer vorliegenden Budgetanalyse des Landesrechnungshofs heißt.

MCI-Neubau vorerst auf Eis

Apropos Geld: Hochbaureferent LHStv. Georg Dornauer hat gestern den 240 Mio. Euro teuren MCI-Neubau in Innsbruck vorerst auf Eis gelegt. Wie angekündigt, prüft er alternative Standorte. (pn)

Mehr auf den Seiten 2, 4



Krone und Diadem: König Charles III. und Camilla bei der traditionellen Parlamentseröffnung. Fotos: Netflix, ORF, AFP

Erste Thronrede als König

London – Wer in diesem Jahr 14 Jahre alt wird, soll in Großbritannien nie legal Zigaretten erwerben dürfen. Das sehen die Pläne der Regierung zumindest so vor. Bei der traditionellen „King's Speech“ in London, bei der Charles III.

die Regierungserklärung verliest, kündigte der Monarch die entsprechende Gesetzgebung an. Das Vorhaben dürfte im Sinn von Charles sein. Der Inhalt der Rede stammt jedoch nicht aus der Feder des Königs selbst, sondern

wird ihm von der Regierung vorgelegt. Es war nicht das erste Mal, dass Charles die Rede hielt. Bei der vorigen Parlamentseröffnung verlas er die Regierungserklärung stellvertretend für seine Mutter Queen Elizabeth II. (dpa)

Krise bei Signa spitzt sich zu

Ratingagentur Fitch stuft Signa-Projektsparte auf „hochriskant“ ab.

Innsbruck – Die Krise der Signa-Gruppe rund um den Tiroler René Benko spitzt sich immer weiter zu. Die US-Ratingagentur Fitch hat die Immobilien-Beteiligungsfirma Signa Development AG, die in neue Entwicklungsprojekte investiert, von der Stufe „hochspekulativ“ auf die Stufe „hochriskant“ herabgesetzt. Grund dafür seien Zahlen aus dem Zwischenbericht von Ende Juni. Darin gab die Signa Development bekannt, dass sie „vor Herausforderungen steht, auch im Hinblick auf ihre Liquiditätslage“. Zudem ortet Fitch das Risiko, dass Signa Development eigene Finanzmittel an andere Teile der Signa-Gruppe weitergeleitet hat.

René Benko selbst bleibt unterdessen auf Tauchstation. Ob der Tiroler Signa-Gründer der Forderung von Signa-Mitgesellschaftern wie etwa Hans Peter Haselsteiner nachkommt, sich aus der Führung der Signa-Gruppe zurückzuziehen, ist weiterhin offen. (TT, APA)

Mehr auf Seite 22

Lange Arbeit wird belohnt

Wien – Die Regierung will neue Anreize für längeres Arbeiten im Alter setzen. Wer über das Regelpensionsalter hinaus berufstätig bleibt, soll ab dem kommenden Jahr weniger Pensionsversicherungsbeiträge zahlen – bis zu 1200 Euro pro Jahr, wie es heißt.

Die Opposition kritisiert, dass die Anreize nicht ausreichen, damit Menschen tatsächlich länger im Job bleiben. Besser wären Steuerenkungen, meinen Freiheitliche und NEOS. (TT)

Mehr auf Seite 11



Mit Bass für mehr Raum

Mit einer Kundgebung wurde gestern auf den schwindenden öffentlichen Raum in Innsbruck hingewiesen. Die Demo mit rund 600 Menschen richtete sich auch gegen den Umbau am Sonnendeck. BM Georg Willi stellte vorab sein Konzept für eine gitterlose Innmauer vor. Mehr auf Seite 5

Foto: Falk

Assistenten an Schulen fehlen

Innsbruck – Nach der Pleite der GemNova hat eine neue Gesellschaft des Landes die Schulassistenten übernommen – es mangelt aber weiter an Personal, das sich an den Schulen um Kinder mit Behinderungen kümmert. Die Stellenausschreibung richtet sich auch an Quereinsteiger, Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Der Verein Integration Tirol erhofft sich von der neuen Gesellschaft, dass die Schulassistenten grundlegend überdacht wird. (mc)

Mehr auf Seite 3

Aufgeblättert

Abrakadampfloch

Von Benedikt Mair

Walle. Walle. Manche Strecke ist einfach zauberhaft schön. Etwa die Bahnlinie über das Glenfinnan-Viadukt in Schottland, bekannt unter anderem aus den „Harry Potter“-Filmen. Das 380 Meter lange und von 21 Pfeilern getragene Bauwerk dient allerdings keinesfalls nur als Kulisse. Neben dem Hogwarts-Express tuckern dort nämlich ganz normale, auch dampfbetriebene Züge entlang. Für die sucht das Unternehmen ScotRail laut einem Bericht der BBC jetzt Lokführer-Lehrlinge. Weil sich die alten Meister einmal wegbegeben haben. Oder – falls sie noch da sind – ihre Pensionierung schon auf Schiene ist. Die Ausschreibung verspricht einen „Traumjob“, bei dem Menschen transportiert und damit verbunden werden. Falls Bewerber glauben, das Ganze könne doch kein Hexenwerk sein, haben sie sich aber geschnitten. Selbst in Stresssituationen gilt es Ruhe zu bewahren – ganz ohne Magie. Und wenn nicht, dann: Wehe. Wehe.

WETTER

Zumeist freundlich!

Am Vormittag macht sich ein schwacher Hochdruckeinfluss bemerkbar und die Sonne scheint länger. Die Temperaturen steigen am Nachmittag oft über die 10-Grad-Marke an.

1°

11°

Seite 32

LOKALES

Scooter im Visier.

Die Diskussion um das E-Scooter-Verbot in Innsbruck geht weiter. Angeheizt wurde sie durch Kritik an verkehrsbehindernd abgestellten Leihrollern. Morgen beschäftigt sich der Gemeinderat mit der Frage. Seite 23

INTERNATIONAL

Asylverfahren.

Die Zahl der EU-Staaten, die Asylwerber lieber in Drittstaaten auf ihren Bescheid warten lassen würden, steigt. Doch die EU-Kommission ist unschlüssig, ob dies den Rechtsvorschriften entspräche. Deutschland lässt nun prüfen. Seite 12



TW Spezial. Fünf Chancen für Ortskerne. Seite 8

SO FINDEN SIE

Notdienste, Wohin heute Seite 43

Todesanzeigen Seite 40

Herzlichkeiten Seite 29

Österreichische Post AG, TZ 022031607 T
Schlüsselverlag J.S.Moser, Brunecker Straße 3,
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 002599 4 5

Tiroler Tageszeitung

... heute mit tele

Gletscher-

Schmelze. Schnee

mit Brigitte

Hobmeier ab

Montag in

ORF 1

Beilage





„Jämmerlich brav“

Clemens J. Setz, der Gewinner der Österreichischen Buchpreises 2023, im Interview. Seite 14

Foto: APA/Manhart

Mittwoch, 8. November 2023 Nummer 309

11

Chats stützen Verdacht

Drei junge Männer sollen Attentat auf Pride-Parade geplant haben.

Wien – Die Sicherheitsbehörden haben offenbar einen ersten konkreten Hinweis auf ein geplantes Attentat auf die Pride-Parade im vergangenen Juni in Wien. Bei einem mutmaßlichen Jihadisten im Ausland wurde ein Handy sichergestellt, auf dem Ermittler Chats mit den Wiener Beschuldigten fanden. Einer von ihnen soll dort über einen Anschlag in Wien bei einer „gay parade“ – also einer Schwulen-Parade – geschrieben haben, berichten APA, Standard und Puls 24.

Die Behörden hatten am Tag nach der Parade von dem Verdacht gegen drei junge Männer im Alter von 14, 18 und 20 Jahren berichtet.

Auf die drei aufmerksam gemacht wurde die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) von einem ausländischen Nachrichtendienst. In den bisher bekannten Chats fanden die Ermittler zwar einiges an Terrorpropaganda. Der Konnex zur „Pride“ fehlte jedoch.

Der neue Hinweis kommt von einem ausländischen Nachrichtendienst. Die Ermittlungen gegen das verdächtige Trio werden noch dauern. (APA, TT)



Planten die Burschen einen Anschlag auf die Pride-Parade? Foto: APA



Noch immer hat Babler interne Kritiker wie Burgenlands Hans Peter Doskozil. Der kommt nicht zum Parteitag, bei dem Babler viel Zuspruch bekommen will.

Foto: APA/Hochmuth

Herr Babler sucht den Zuspruch

Am Samstag stellt sich der SPÖ-Chef der Wiederwahl. Viel Programmatisches gibt es beim Parteitag. Arbeitszeit-Verkürzung wird aber nur als Pilotprojekt gefordert.

Von Karin Leitner

Wien – Seit fünf Monaten ist Andreas Babler Chef der SPÖ. Seine Kür im Juni war mit Pannen und Peinlichkeiten verbunden gewesen. Beim damaligen Sonderparteitag war verkündet worden, dass Bablers Kontrahent, der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, die Vorsitz-Wahl gewonnen habe. Dann stellte sich heraus, dass Babler Sieger ist.

Kommenden Samstag stellt er sich in der Grazer Messe der Wiederwahl. Doskozil wird nicht beim 46. Bundesparteitag der Roten sein; am burgenländischen Landesfeiertag hat er Termine.

„Zurück zur Gerechtigkeit“ ist das Motto der Zusammenkunft der Genossinnen und Genossen in der Steiermark. Die inhaltlichen Grundsät-

ze und die Programmatik für das kommende Wahljahr werden manifestiert. Die Antragsmappe hat 322 Seiten, zwölf Leitanträge sind dabei. In einem geht es um das Thema Arbeit. Bablers Forde-

„Wir schlagen einen Pilotversuch für Arbeitszeitverkürzung vor, bei dem Unternehmen mittun können.“

Sandra Breiteneder (SPÖ-Geschäftsführerin)

zung nach einer 32-Stunden-Woche ist nicht vermerkt. Ein Pilotprojekt zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wird nun begehrt.

Gut funktioniert dieses Modell etwa in Großbritannien und Irland, sagt SPÖ-Geschäftsführerin Sandra Breiteneder. Es sei auch hier-

zulande machbar. Unternehmen sollten vorerst freiwillig mittun, finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Weitere Verlangen: eine sechste Urlaubswoche für alle. Fällt ein Feiertag auf einen Sonntag, soll der freie Tag am darauffolgenden Arbeitstag nachgeholt werden. Und Arbeitnehmer sollen ein „Recht zur Nichterreichbarkeit in der Freizeit“ bekommen.

Auf eine Jobgarantie drängen Babler & Co. ebenfalls – ein von der öffentlichen Hand gefördertes Beschäftigungsmodell für ältere arbeitslose und benachteiligte Menschen, um Langzeitarbeitslosigkeit zu beenden. Das Arbeitslosengeld sollte um 15 Prozent, damit auf 70 Prozent Nettoersatzrate, steigen – und länger als derzeit bezogen werden können, um Armut zu verhindern. Für

„Schreiben wir dann auch den monatlichen Nachweis von Schnitzelassen in die Verfassung?“

Klaus Luger (Linzer SPÖ-Bürgermeister)

AMS-Kunden solle es jährlich eine automatische, an die Inflation angepasste „Gehalts-erhöhung“ geben. Und die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung sollten jährlich valorisiert werden.

Auch ein „Masterplan gegen die Teuerung“ soll beim Parteitag beschlossen werden. Der Kern: das Staatsziel „Leistbares Leben in Österreich“ in der Verfassung festzuschreiben. Das missfällt auch manchen in der SPÖ. Der Linzer SPÖ-Bürgermeister Klaus Luger befand: „Was kommt als Nächstes? Schrei-

ben wir dann auch den monatlichen Nachweis von Schnitzelassen in die Verfassung?“

Klein gehalten ist ein Thema, mit dem sich die SPÖ seit jeher schwer tut: die Flüchtlingsfrage. Für legale Fluchtwege in die EU sprechen sich die Roten aus. Das von Peter Kaiser und Doskozil 2018 erstellte Papier – mit Aufnahmezentren an den EU-Außengrenzen – gelte weiterhin, sagt Julia Herr, die künftig eine von Bablers Vizes sein soll.

600 Delegierte stimmen beim Parteitag über Babler und die inhaltlichen Konzepte ab. 400 Gäste gibt es, wobei vor allem neu eingetretene Mitglieder berücksichtigt worden sind. Bablers Vorgängerin Pamela Rendi-Wagner war zuletzt, im Jahr 2021, auf 75,3 Prozent als Nummer eins der SPÖ gekommen.

Bonus für Arbeiten in der Pension

Wer weiter tätig ist, soll ab 2024 geringeren Versicherungsbeitrag bezahlen.

Wien – Die Bundesregierung will längeres Arbeiten auch nach der Pensionierung attraktiver machen: Wer berufstätig bleibt, soll bei den Pensionsversicherungsbeiträgen entlastet werden. ÖVP-Klubchef August Wöginger und die türkische Seniorenchefin Ingrid Korosec bezifferten die mögliche Entlastung gestern mit bis zu 1200 Euro im Jahr.

Konkret plant die Koalition die Streichung der Beiträge bis zur Höhe der doppelten Geringfügigkeitsgrenze – das sind rund 1100 Euro pro Monat. Ebenfalls kommen soll eine Erhöhung der Pensions-

zuschläge für längeres Arbeiten, ohne schon Pension zu beziehen. Dieser Bonus ist mit 5,1 Prozent pro Jahr künftig gleich wie der Malus für vorzeitigen Pensionsantritt.

Korosec hat die Beitragsenkung schon länger gefordert – auch als Antwort auf die von ihr abgelehnte Forderung nach einer Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Nach Angaben des Seniorbundes sind rund 90.000 Pensionistinnen und Pensionisten noch berufstätig.

Das vom Grünen Johannes Rauch geführte Sozialministerium bestätigte die Eini-

gung mit der ÖVP. Wichtig sei gewesen, Verdrängungseffekte auszuschließen – ältere Arbeitnehmer sollen nicht jüngere verdrängen. Dies werde verhindert, indem die Dienstgeberbeiträge unverändert bleiben.

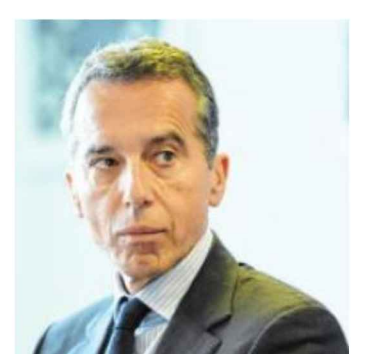
ÖVP und Grüne wollen die Neuerung im November im Nationalrat beschließen, gelten soll sie ab 1. Jänner 2024. Die Kosten kann das Sozialministerium noch nicht beziffern. Jedenfalls werde der Verlust für die Pensionsversicherung aber aus dem Budget abgegolten. Nach zwei Jahren ist eine Überprüfung geplant.

Ein weiterer Punkt des türkis-grünen Pensionspakets ist das Versprechen einer besseren Information der Menschen über den künftigen Ruhebezug und die finanziellen Folgen einer früheren oder späteren Pensionierung.

Peter Kostelka, Chef des SPÖ-nahen Pensionistenverbandes, begrüßt die Belohnung für längeres Arbeiten. Er hätte aber an einer anderen Schraube gedreht und für die Betroffenen nicht die Pensionsversicherungsbeiträge, sondern die Steuern gesenkt. Dies wäre transparenter und einfacher, meint er. (sabl)

Gegen Kern wird nicht mehr ermittelt

Wien – Die Staatsanwaltschaft Wien hat die Ermittlungen wegen Betrugsverdachts bei einem Immobilienprojekt gegen Ex-Kanzler Christian Kern eingestellt, berichtet *profil*. Die Einstellung sei noch nicht rechtskräftig, da die ebenfalls in den Fall involvierte Wiener Immobilienfirma Sveta Group eine Begründung der Entscheidung angefordert habe. Bei dem Fall gehe es um ein Projekt rund um die Herstellung modularer Fertigteil-Immobilien, in das auch ein Unternehmen, an dem Kern beteiligt ist, involviert gewesen sei.



Staatsanwaltschaft ermittelt nicht mehr gegen Kern. Foto: APA/Schlager

Kerns Anwalt Paul Kessler hatte die Vorwürfe bereits im Juli als „verleumderisch“ zurückgewiesen. (APA, TT)